

MA 64 - 311372/2014

Verordnung der E-Control über den
Wechsel, die Anmeldung, die Abmeldung
und den Widerspruch
(Wechselverordnung 2014) – Entwurf;
Stellungnahme

Wien, am 05.05.2014

Termin: 08.05.2014

Vorher zur Einsicht:

Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

06. MAI 2014

09. MAI 2014

Min 4

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Grundsätzlich wird angemerkt, dass der vorliegende Entwurf das am 29.04.2014 beschlossene Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetz unberücksichtigt lässt. Die darin vorgesehenen Fristen (beispielsweise des Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetzes) sind nicht mit dem Fristenablauf der WechselVO abgestimmt. Es wird daher die entsprechende Berücksichtigung des Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes in den Bestimmungen der Wechselverordnung angeregt.

Weiters wird angemerkt, dass sich die gegenständliche Verordnung auf die Optimierung der Prozesse und Anpassung von gesetzlichen Änderungen beschränken sollte. Darüber hinausgehende Prozessänderungen des Systems erscheinen kontraproduktiv, da sie das seit der letzten Novelle eingespielte und funktionierende System beeinflussen und erneute Umstellungskosten verursachen.

Vielmehr könnte diese Novelle genutzt werden, um durch die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen ein funktionierendes System für den Wechselprozess zu erreichen.

Die Notwendigkeit von Fristverkürzungen sollte - sofern diese ohne Gefahr für die Systemstabilität bleiben - erst mittelfristig überlegt werden.

Zu Punkt 2.2.1 des Anhangs:

Eine Verkürzung der Frist zur Einleitung des Wechsels, die sich vor allem dadurch ergibt, dass die Zeit für Zählpunktidentifikation und Bindungs- und Kündigungsfristabfrage in die 12 Arbeitstage nunmehr einbezogen werden soll, erscheint problematisch und in der Praxis nicht umsetzbar.

Dies zum einen, da auch diverse andere Fristen, wie beispielsweise die 14-tägige Kündigungsfrist des Vertrages mit dem bisherigen Lieferanten oder sonstige auf Seiten des Lieferanten alt, des Lieferanten neu und des Netzbetreibers im Wechselprozess vorgesehene Fristen zu beachten sind, zum Anderen, weil die fristgerechte Eingabe in die Wechseldatenbank vor allem bei einem Wechsel eines Großkunden (beispielsweise Hausverwaltung) mit mehreren Zählpunkten sehr schwierig wäre.

Angeregt wird daher die Belassung der bisherigen Frist von 12 Arbeitstagen sowie die Einführung eines flexiblen Zustellzeitraums der Datensätze über die Wechselplattform von 3 - 5 Tagen ohne Einfluss auf sonstige Fristenläufe.

Dadurch könnte gewährleistet werden, dass bei einem Wechsel eines Großkunden mit einer hohen Anzahl an Zählpunkten die Daten der Zählpunkte nicht ausschließlich innerhalb eines Tages in die Wechseldatenbank eingetragen werden müssen. Ein flexibler Zustellzeitraum läge im Interesse der Endkunden mit einem fixen Belieferungswunsch und es könnte der Wechsel für alle Zählpunkte gemeinsam am selben Tag vorgenommen werden.

Der fixe Wechselstichtag würde beibehalten werden, jedoch wären die für die diversen Zustellungen zwischen Lieferant alt, Lieferant neu und Netzbetreiber vorgesehenen Fristenläufe flexibler gestaltet.

Vorgeschlagen wird somit Punkt 2.2.1. Abs. 1 und 2 wie folgt abzuändern:

„Der neue Lieferant kann den vom Netzbetreiber durchzuführenden Wechsel im eigentlichen Sinn frühestens 12 Arbeitstage ~~und spätestens 7 Arbeitstage~~ vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber einleiten.

Der Wechseldatensatz kann in Fällen, in denen mit dem Endverbraucher ein Wechseltermin ausdrücklich vereinbart ist, bis zu 5 Arbeitstage vor dem für die Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn vorgesehenen Arbeitstag übermittelt werden.
~~Wird der Endverbraucher erfolgreich identifiziert und sind etwaige Bindungs- und Kündigungsfristenabfragen abgeschlossen, hat der Lieferant den Wechsel im eigentlichen Sinn unverzüglich einzuleiten. Eine spätere Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn ist bei ausdrücklichem Kundenwunsch, einschließlich bestehender zivilrechtlicher Vereinbarungen, zulässig.“~~

Zu Punkt 2.2.3. des Anhangs:

Zur Klarstellung und im Hinblick auf den Gleichklang mit dem Strombereich wird angeregt, bei Kunden ohne Standardlastprofil auch im Gasbereich auf das gemessene Lastprofil anstelle des „Vorjahresverbrauchswertes“ abzustellen und den Punkt 2.2.3 wie folgt abzuändern:

„Bei Endverbrauchern mit intelligenten Messgeräten oder Lastprofilzählern ~~Verbrauchswerte~~ das gemessene Lastprofil der letzten 24 vollen Kalendermonate vor dem Wechseltermin“.

Im Punkt 2.2.3 sollte weiters in der Wechselinformation des Netzbetreibers an den neuen Versorger (für den Gasbereich) die Zuordnung zum Bilanzierungsregime enthalten sein (stunden- oder tagesbilanziert).

Zu Punkt 3.2.1. des Anhangs:

Angeregt wird, die Frist für die Bekanntgabe eines Lieferanten wie bisher bei einmalig 5 Arbeitstagen zu belassen, da hier ein Versäumnis des Endverbrauchers vorliegt.

Zu Punkt 3.3.4 und Punkt 3.4 des Anhangs:

Es wird angeregt Punkt 3.3.4 und 3.4 des Anhangs entsprechend anzupassen, da gemäß Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) vor der Gewährung des Netzzugangs durch den Verteilernetzbetreiber eine positive Prüfung und Rückmeldung des

Verteilergebietsmanagers erforderlich ist. Dies betrifft Lastprofilzähler-Kunden und Standardlastprofil-Kunden, die sich in einer Engpassregion befinden. Daher sollte in Punkt 3.3.4 nicht generell für Standardlastprofil-Kunden eine Frist von nur 48 Stunden vorgesehen werden. Des Weiteren ist gemäß Punkt 4.2.1 der geltenden „Allgemeinen Bedingungen des Verteilergebietsmanagers des Marktgebiets Ost für die Vertragsbeziehung zu Verteilernetzbetreibern im Marktgebiet Ost (AB VGM-Netz)“ vor der Genehmigung von Netzzugangsanträgen leistungsgemessener Endverbraucher die Zustimmung des Verteilergebietsmanagers einzuholen. Ergeht innerhalb der vorgesehenen Frist nach Übermittlung des Netzzugangsantrages keine Nachricht des Verteilergebietsmanagers an den Verteilernetzbetreiber ist der entsprechende Prozess vom Verteilernetzbetreiber abubrechen.

Diese Vorgaben wären im Punkt 3.4 der WechselVO sowie in der Prozessausgestaltung in der technischen Dokumentation zur WechselVO zu berücksichtigen.

Die anteilige Prüffrist des Verteilergebietsmanagers wird in den AB VGM-Netz festgelegt und beträgt derzeit 32 Stunden. Einhergehend mit der Verlängerung der Neuanmeldungsfrist von 48 auf 96 Stunden sollte die Frist für die Netzzugangsprüfung für leistungsgemessene Endverbraucher sowie Standardlastprofil-Kunden in Engpassregionen durch den Verteilergebietsmanager in Zukunft auf 80 Stunden erweitert werden.

Angeregt werden daher folgende Ergänzungen in Punkt 3.3.4 und Punkt 3.4 des Anhangs:

„3.3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen außer Betrieb

Im Gasbereich gilt für die Rückmeldung für Anlagen außer Betrieb aufgrund einer Netzzugangsprüfung gem § 28 Abs 3 Z 9 GWG 2011 eine Frist von höchstens 96 Stunden für bereits hergestellte Netzanschlüsse. Für Endverbraucher mit Standardlastprofil, ausgenommen in zwischen dem Verteilergebietsmanager und dem betroffenen Netzbetreiber vereinbarten Engpassregionen (siehe dazu 3.4), gilt bei außer Betrieb stehenden Anlagen für die Netzzugangsprüfung eine Frist von höchstens 48 Stunden.

3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen in und außer Betrieb
Mit Einleitung der Anmeldung wird **im Gasbereich** sowohl für Anlagen in Betrieb als auch außer Betrieb auch die Prüfung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gestartet. Der Netzbetreiber hat die Netzzugangsprüfung mit dem Verteilergebietsmanager abzustimmen. Für leistungsgemessene Endverbraucher und Endverbraucher mit Standardlastprofilen in zwischen dem Verteilergebietsmanager und dem betroffenen Netzbetreiber vereinbarten Engpassregionen ist das Prüfungsergebnis als negativ zu qualifizieren, wenn die Zustimmung des Verteilergebietsmanagers nicht fristgerecht beim Verteilernetzbetreiber eintrifft. Fällt die Prüfung des Netzzugangs negativ aus, ist die Anmeldung abubrechen und eine entsprechende standardisierte Meldung an alle Beteiligten zu senden. Nach Beseitigung der Gründe für die Ablehnung gem § 33 Abs. 1 GWG 2011 kann die Anmeldung neu gestartet werden.“

Referentin:
MMag.^a Marianne Größl
☎ 4000 - 89944

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Dr.ⁱⁿ Cordula Donner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur/>

Ergeht an:

Energie-Control Austria, per E-Mail: wechsel-vo@e-control.at

Nachrichtlich an:

- 1.) MD-K;
- 2.) MD-E;
- 3.) Wien Energie GmbH;
- 4.) Wiener Netze GmbH
- 5.) Verbindungsstelle der Bundesländer.